

Die vereinigten Eunuchen von Europa

Eine „geopolitische EU“ bleibt kaum mehr als ein tröstliches Hirngespinnst, das sich auf seine Anziehungskraft stützt – die Warteschlange vor dem Beitritt.

26.11.2023 | Laura Ruggeri

Ende Oktober wurde die Präsidentin des EU-Parlaments, Roberta Metsola, von einem Journalisten [gefragt](#), ob die EU die Beitrittsgespräche mit der Ukraine und der Republik Moldau formell eröffnen werde, nachdem diesen Ländern 2022 der Kandidatenstatus zuerkannt worden war.

„Wenn ein Land nach Europa schaut, dann sollte Europa seine Türen weit öffnen. Die Erweiterung war schon immer das stärkste geopolitische Instrument der EU.“

Obwohl Metsola lediglich Äußerungen der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und des Präsidenten des EU-Rates Charles Michel umformulierte, bietet ihre Wortwahl einen hervorragenden Einblick in die ideologischen Grundlagen des EU-Expansionismus.

Metsola verwechselt Europa und die EU, aber das ist nicht nur ein Versprecher. Brüssel hat eine lange Tradition in der Annahme, dass die EU mit Europa gleichzusetzen ist und Länder, die außerhalb der EU-Grenzen liegen, nicht wirklich europäisch sind, sonst würden sie nicht „nach Europa schauen“.

Europäer zu werden bedeutet, „zivilisiert“ zu werden, denn außerhalb des „Gartens Europa“ leben die Menschen in einem „Dschungel“, zumindest nach Ansicht des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Die EU, die als Verkörperung höherer Werte dargestellt wird, hat die moralische Pflicht, ihre Türen zu öffnen und die unglücklichen Länder aufzunehmen, die derzeit von diesem Garten der Lüste ausgesperrt sind, und sie so vor einer nicht näher bezeichneten Gefahr zu retten. Im Grunde eine Variation des kolonialen Themas vom weißen Retter. Dann bringt Metsola das entscheidende Argument für die Erweiterung: Sie ist ein geopolitisches Instrument, um die EU zu stärken.

Die Frage, ob die Erweiterung den Block stärker machen würde, wie seine Befürworter behaupten, oder im Gegenteil seine Implosion beschleunigen würde, spaltet seit zwei Jahrzehnten die Meinungen. Metsola vergisst bequemerweise zu erwähnen, dass die Beitrittsgespräche ohne einstimmige Zustimmung nicht einmal begonnen werden können, aber natürlich können die Eurokraten nicht zulassen, dass Fakten einer guten Erzählung im Wege stehen.

Die von Metsola (die Tür) und Borrell (Garten/Dschungel) verwendeten Metaphern verstärken die räumliche Dichotomie innen/außen, die kulturell den Gegensatz zwischen positiven und negativen Werten, Zivilisation und Barbarei widerspiegelt. Ohne eine „chaotische“ äußere Sphäre, ob tatsächlich oder imaginär, würde die innere Struktur nicht geordnet erscheinen, ja sie würde überhaupt nicht erscheinen: Figur und Hintergrund würden in einem Kontinuum verschmelzen. Die Existenz eines gefährlichen, von Barbaren bewohnten Dschungels ist unerlässlich, um die Illusion von Ordnung und Zivilität im Inneren aufrechtzuerhalten.

Das Problem ist, dass mit jeder Erweiterungsrunde die Entropie des Systems zunimmt. Die Geschichte hat gezeigt, dass der Versuch einer imperialen Expansion ohne die notwendigen Voraussetzungen – ein ausreichend starkes Militär und eine Wirtschaft, die in der Lage ist, dieses aufrechtzuerhalten, eine effektive Führung, eine Ideologie, die den Wunsch nach einem Imperium anspornt, und gesunde institutionelle Verbindungen zwischen dem Kern und der Peripherie – unweigerlich zu einer Überdehnung, zum Scheitern und zur Niederlage führt. Aber fragen Sie unsere Eunuchen nicht nach Imperien, vor allem nicht nach dem überdehnten, dem sie dienen. Sie glauben ihrer eigenen Propaganda und haben sich verpflichtet,

„die europäischen Werte zu schützen, zu fördern und zu projizieren, die Demokratie und die Menschenrechte im Interesse des Gemeinwohls zu verteidigen. Die Förderung von Stabilität und Wohlstand in der Welt und der Schutz einer auf Regeln basierenden Weltordnung ist eine Grundvoraussetzung für den Schutz der Werte der Union.“

Wenn es um EU-Erklärungen geht, ist Parodie überflüssig, das Original erzielt den gleichen komödiantischen Effekt.

Die Frage, ob eine weitere Erweiterung gut oder schlecht für die EU ist, ist zum modernen Äquivalent der alten byzantinischen Diskussion über das Geschlecht der Engel geworden, und obwohl keine Einigung erzielt werden kann, ist der Prozess nach der größten Welle neuer Mitglieder im Jahr 2004 und Kroatien im Jahr 2013 weitgehend zum Stillstand gekommen. Warum also stand das Thema in den letzten zwei Jahren ganz oben auf der Tagesordnung so vieler Eurokraten?

Vor allem, weil die Befürworter der Erweiterung hofften, die Einigkeit, die die EU angesichts des Ukraine-Konflikts demonstrierte, nutzen zu können, um ein stellvertretendes imperialistisches Projekt durchzusetzen, das von Washingtons magischem Denken genährt wird. Der Eckpfeiler dieses Projekts war die vollständige Einnahme der Ukraine, deren von der NATO ausgebildete Armee Russland einen entscheidenden Schlag versetzen sollte. Wie wir wissen, sind die Dinge nicht ganz nach Plan verlaufen, und diese Einigkeit scheint nun ebenso prekär wie die Zukunft der Ukraine.

Der Ukraine wurde jahrelang der Status eines EU-Beitrittskandidaten versprochen, den sie schließlich nach einem Blutopfer erhielt. Offensichtlich qualifiziert sie sich nicht für die Mitgliedschaft, und die Aussicht, auf absehbare Zeit in einem überfüllten Wartesaal mit anderen Kandidaten zu sitzen, ist es nicht gerade wert, dafür zu sterben. In einer Zeit, in der Meinungsumfragen zeigen, dass die Unterstützung für die Ukraine nachlässt, muss Brüssel erst einmal ein attraktiveres Angebot finden und dann damit locken.

Nachdem die EU die „regelbasierte Ordnung“ der USA verteidigt hat, steht sie mit einem Sack voller Schuldscheine und einer geschwächten Wirtschaft da, und Borrells Garten der Lüste ähnelt immer mehr der dunklen Tafel in Hieronymus Boschs berühmtem Triptychon.

Man könnte meinen, dass die Diskussion über die EU-Erweiterung, während der Block mit großen Krisen konfrontiert ist, die ihn bis zum Zerreißen belasten, der Inbegriff von Wahnsinn ist. Tatsächlich haben einige Kommentatoren bereits Parallelen zwischen der EU-Führung und Nero gezogen, der fiedelte, während Rom brannte. Aber angeblich hat Nero nicht nur gefiedelt, sondern auch den Christen die Schuld an dem Brand gegeben. Einen Feind im Inneren oder einen Feind im Äußeren anzubieten, ist eine bewährte Taktik, um abweichende Meinungen zu unterdrücken und die Macht zu festigen. Und genau das hat die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock kürzlich auf einer

Konferenz in Berlin versucht, die der EU-Erweiterung gewidmet war. Sie erklärte 17 Außenministern aus EU- und Kandidatenländern, darunter auch dem ukrainischen Minister Dmytro Kuleba, dass die EU sich erweitern müsse, um nicht alle angreifbar zu machen:

Putins Moskau wird weiterhin versuchen, nicht nur die Ukraine von uns abzuspalten, sondern auch Moldawien, Georgien und den westlichen Balkan. Wenn diese Länder von Russland dauerhaft destabilisiert werden können, dann macht uns das auch verwundbar. Wir können uns keine Grauzonen in Europa mehr leisten.

Was ist aus den Versprechungen von Wirtschaftswachstum, Investitionen und Zugang zu einem wohlhabenden Markt geworden? Da sie im Jahr 2023 alle ziemlich hohl klingen, beschwört Baerbock das Schreckgespenst herauf. Vorbei ist es mit der Behauptung, dass die EU und die NATO unterschiedliche Strategien verfolgen.

Da die Tür zur NATO für die Ukraine geschlossen ist und Washington seinen Schwerpunkt auf den Nahen Osten und den asiatisch-pazifischen Raum verlagert hat, wurde die Last der Unterstützung der Ukraine „zur Verteidigung Europas“ auf die EU abgewälzt.

Während die USA Russland lange Zeit als Bedrohung dargestellt haben, um die NATO am Leben zu erhalten, wurde dies in den letzten Jahren dazu genutzt, die Außen- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen. Washington förderte und erleichterte eine vertikale Machtkonsolidierung in der EU, um einige der polizeilichen und strafenden Funktionen, die seine globale Kapitalakkumulation ermöglichen und seine Hegemonie untermauern, nach Brüssel auszulagern. Dem US-Kalkül zufolge wäre es einfacher, mit einem kollektiven Vasallen, der EU, umzugehen als mit mehreren zänkischen und konkurrierenden europäischen Vasallen.

Diese Strategie spiegelt das mangelnde Verständnis Washingtons für die Geschichte und die Komplexität Europas wider und dürfte daher nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, zumal die europäischen Interessen auf dem Altar der amerikanischen Interessen geopfert wurden. Nachdem man den EU-Ländern ihren Reichtum entzogen und ihren Handlungsspielraum eingeschränkt hat, ist der Kuchen geschrumpft, und es ist nur natürlich, dass das Gerangel um ein Stückchen davon zunehmen wird. Seine Verbündeten zu plündern und auszuschlachten ist nicht gerade ein kluger Schachzug, es riecht nach Verzweiflung und ist ein klares Zeichen dafür, dass die USA finanziell und militärisch überfordert sind.

Der wirtschaftliche und industrielle Niedergang in den EU-Ländern scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein. Es kann gar nicht anders sein, wenn man in einer missbräuchlichen und ausbeuterischen Beziehung gefangen ist, die einem die Freiheit nimmt, seine Freunde und Geschäftspartner zu wählen. Der wirtschaftliche und geopolitische Schwerpunkt hat sich nach Osten verlagert, die in den 1990er Jahren entstandene unipolare Weltordnung löst sich auf und eine neue multipolare Ordnung nimmt vor unseren Augen Gestalt an. Anstatt den pragmatischen Weg der eurasischen Integration zu beschreiten und die für beide Seiten vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zu China und Russland zu stärken, hat sich die EU auf eine Selbstmordmission für ihre Kuratoren in Washington begeben, mit dem verhängnisvollen Versuch, Russland zu schwächen und China einzudämmen.

Jahrelang hatte die EU von der US-geführten Globalisierung profitieren können; sie entwickelte Handelsbeziehungen und multilaterale Zusammenarbeit mit Nachbarländern und dem Rest der

Welt. Anstatt die Entstehung einer neuen multipolaren Realität zu akzeptieren, beschlossen die USA, die Globalisierung rückgängig zu machen und die Welt in zwei Blöcke zu spalten, wobei sie den Wettbewerb kreativ als ideologische Konfrontation zwischen Demokratie und Autokratie darstellten. Der Handelsprotektionismus nahm zu, internationale Investitionen wurden aus Gründen der nationalen Sicherheit einer verschärften Prüfung unterzogen, der Datenverkehr wurde immer mehr eingeschränkt, Sanktionen wurden zur Norm.

Nachdem sie zur geopolitischen Bedeutungslosigkeit verurteilt wurden, werden die europäischen Länder aufgefordert, die Rechnung für die imperialen Ambitionen der USA zu bezahlen und militärische Unterstützung zu leisten. Ein von der RAND Corporation im November veröffentlichter [Bericht](#) räumt ein, dass die Verteidigungsstrategie und -haltung der USA nicht mehr tragfähig sind, und empfiehlt einen anderen Ansatz:

Die Aufgaben, die die US-Regierung und ihre Bürger von ihren Streitkräften und anderen Elementen der nationalen Macht auf internationaler Ebene erwarten, übersteigen bei weitem die Mittel, die zur Erfüllung dieser Aufgaben zur Verfügung stehen.

Die USA können und sollten nicht im Alleingang versuchen, die erforderlichen operativen Konzepte, Haltungen und Fähigkeiten zu entwickeln, die für die Umsetzung dieses neuen Ansatzes zur Bekämpfung von Aggressionen erforderlich sind. Bei der Notwendigkeit der Beteiligung von Verbündeten und Partnern geht es um mehr als nur um die Bereitstellung der für eine glaubwürdige gemeinsame Verteidigung erforderlichen Ressourcen. Da es bei der Abschreckung um mehr geht als um rohe militärische Macht, ist die Solidarität unter den führenden demokratisch regierten Nationen auch in diplomatischer und wirtschaftlicher Hinsicht erforderlich. Und eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Abhängigkeit im Verteidigungsbereich wird sich auch in anderen Bereichen positiv auswirken und ein koordiniertes Vorgehen bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen erleichtern."

Um den maroden Hegemon besser unterstützen zu können, wird die EU aufgefordert, sich zu erweitern und zu reformieren. Reformen werden sogar als noch dringlicher als die Erweiterung angesehen, da die USA befürchten, dass die Fähigkeit der EU, die vorgeschriebene Aufgabe zu erfüllen, durch die Ausübung des Vetorechts durch eine Handvoll Länder untergraben werden könnte. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die Einstimmigkeitsregel der EU, die besagt, dass alle Länder zustimmen müssen, bevor der Block eine Entscheidung zu Themen wie Außenpolitik, Hilfe für die Ukraine oder Steuervorschriften treffen kann.

Es ist kein Zufall, dass die lautesten Argumente für eine EU-Erweiterung und Mehrheitsentscheidungen anstelle von Einstimmigkeit in atlantischen Kreisen zu hören sind. Washington muss die Kontrolle über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik verstärken und hat deshalb den Druck auf Frankreich und Deutschland sowie auf andere europäische Staaten erhöht, die sich gegen die Aussicht wehren, dass die Ukraine, die Republik Moldau und die Staaten des Westbalkans in Zukunft dem Club beitreten.

Die Kaperung Europas

In der EU, von der Paris und Berlin vor 30 Jahren träumten, würden die baltischen und osteuropäischen Länder billiges Land und billige Arbeitskräfte sowie neue, unerschlossene Märkte für ihre

Unternehmen bieten – der ideale Lebensraum für ehrgeizige, geschäftstüchtige Westeuropäer. Dieses neokoloniale Szenario würde durch den Kulturimperialismus unterstützt und durch die geografische Nähe begünstigt.

Doch in der Euphorie nach dem Kalten Krieg achtete das deutsch-französische Tandem nicht auf den steinernen Gast: Die Erweiterung der NATO schritt viel schneller voran als die Erweiterung der EU. Trotz der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts war die NATO nicht aufgelöst worden, sondern ihre Aufgabe, „die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten“, hatte neuen Auftrieb erhalten, nachdem die NATO Staaten aufgenommen hatte, deren neue politische Eliten genau für diese Aufgabe ausgebildet worden waren.

Die Amerikaner würden nicht nur lauter als zuvor bestimmen, wo es langgeht, sie könnten auch auf mehr Verbündete zählen, die genau das tun. Als neue Mitgliedstaaten der EU beitraten, begann auch ihre anti-russische Stimmung eine unverhältnismäßig große Rolle bei der Gestaltung der EU-Beziehungen zu Russland zu spielen. Tatsächlich wurde die Russophobie in den postsowjetischen Staaten aktiv kultiviert, um fragile und in einigen Fällen völlig künstliche nationale Identitäten zu stützen und den neuen Machthabern Legitimität zu verleihen.

Um neue und alte Mitglieder an sich zu binden und mehr Kandidaten anzuziehen, verwandelte die EU politische Probleme in technokratische, stützte sich auf juristische Verfahren und wies finanzielle Mittel zu oder zog sie zurück, um ihre „Vision“ durchzusetzen, wurde zu einem ideellen Akteur und einem „globalen Lehrer“ für neoliberale Grundsätze, westliche „Werte“ und EU-Standards. Um ihren anti-demokratischen Charakter zu verbergen und einen invasiven bürokratischen Apparat zu legitimieren, der völlig von der Gesellschaft abgekoppelt ist, verwandelte sich die EU in eine riesige PR-Maschine, die Ressourcen verschlang, um moralische Autorität zu vermitteln und den Schein zu wahren.

Da der EU die demokratische Legitimation fehlte, musste sie beträchtliche Ressourcen in die Schaffung eines demokratischen Scheinmodells investieren. In Ermangelung eines eigenen Wahlvolkes (Demos) musste sie dieses durch eine „zivilisierende Mission“ erfinden, die mit missionarischem Eifer durchgeführt wurde. Um den neuen „europäischen Demos“ zu schaffen, mussten nationale, kulturelle und religiöse Identitäten zunächst verwässert (oder künstlich aufgeblasen werden, wenn sie einer anti-russischen Funktion dienten), und zwar Schritt für Schritt, beginnend mit dem Kindergarten, und dann durch einen witzigen Platzhalter ersetzt werden, der von Organisationen wie dem WEF und den Open Society Foundations bereitgestellt wurde – der sozialtechnische Weg zur Zivilisation!

Man sollte bedenken, dass die EU weder ein unabhängiger geopolitischer Akteur noch eine „geopolitische Macht“ ist, egal, was Borrell oder von der Leyen schwärmen. Die EU wurde geschaffen, um den Mitgliedsstaaten Macht zu entziehen, ihre Souveränität zu untergraben, damit sie niemals zu einer Herausforderung für die Interessen und die Macht der USA werden können. Infolgedessen ist die EU nicht größer als die Summe ihrer Teile, sie ist das geopolitische Äquivalent eines schwarzen Lochs. Ihre institutionelle Architektur, ein kompliziertes Netzwerk von Gesprächsrunden, ist so verwirrend und betäubend, dass Henry Kissinger, als er US-Außenminister war, den berühmten Satz sagte: „Wen soll ich anrufen, wenn ich Europa anrufen will?“

Die EU ist weder eine internationale Organisation noch ein Nationalstaat, sondern kann als ein künstliches supranationales Gemeinwesen beschrieben werden. Sie hat die Form zahlreicher sich gegenseitig durchdringender Netzwerke sozialer, wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Verbindungen, die auf verschiedenen Ebenen und Stufen supranationale Mechanismen, nationale Regierungen, regionale Verwaltungen, multinationale Unternehmen und Interessengruppen mit internationaler Reichweite umfassen.

Wenn wir also über die EU sprechen, sollten wir bedenken, dass sie wie ein privater Club für eine Gruppe von transatlantischen Unternehmen und Finanzeliten geführt wird. Ihre Lobbys und Denkfabriken kontrollieren das Wissen und die Informationen, die die öffentliche Meinung prägen und nach denen die Führungspersonlichkeiten handeln – die führenden Politiker der EU sind ausnahmslos gescheiterte Politiker und Mittelmänner, deren politische Karrieren von denselben Lobbys gefördert wurden, die sie besitzen und ihre Agenda diktieren.

Diese transatlantischen Eliten führen einen globalen Kampf um den Erhalt und die Vergrößerung ihrer Macht, um die Aneignung und Kontrolle von Ressourcen – von digitalen Daten bis hin zu natürlichen Ressourcen – und bilden Kartelle, wenn ihre Interessen übereinstimmen, oder sie konkurrieren um politischen Einfluss, wenn ihre Interessen auseinandergehen. Die „Kulturkriege“, die eine rationale Debatte im Westen praktisch unmöglich gemacht haben, werden häufig von diesen Eliten angeheizt, da sie über die Mittel verfügen, politische Ressourcen – Menschen, Wählerstimmen und Parteien – für bestimmte Positionen in kulturellen Fragen zu mobilisieren.

Der europäische Integrationsprozess ist ein imperialistisches Projekt, sowohl im Sinne des Verhältnisses der EU zum Rest der imperialistischen Kette, als auch innerhalb der EU durch die ungleichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern.

Die Anzeichen für eine tiefe Krise der europäischen Integration haben sich vervielfacht, der Brexit ist das offensichtlichste, aber nicht das einzige Beispiel. Die wachsende Legitimationskrise zeigt sich auch in der Reaktion der Wähler in den EU-Ländern. Im Gegensatz zu den Vorwürfen des „Populismus“ und „Nationalismus“, die an alle gerichtet werden, die der europäischen Integration kritisch gegenüberstehen, ist es eher die Angst, die durch das Gefühl der Menschen verursacht wird, keine Kontrolle über ihr eigenes Leben zu haben, und die Ungläubigkeit gegenüber dem undemokratischen institutionellen und politischen Rahmen der EU.

Da der Lebensstandard weiter sinkt und die Versprechungen von Wohlstand und sozialem Wohlergehen im europäischen Garten weitgehend unerfüllt bleiben, nehmen Unzufriedenheit und Unmut zu, und zwar nicht nur bei den einfachen Menschen. Auch einige nationale Eliten sind unruhiger geworden, weil sie sich durch die Feindseligkeit der EU gegenüber Russland und zunehmend auch China benachteiligt fühlen. Das wirtschaftliche Wachstumspotenzial der EU ist ausgeschöpft, und die meisten Mitglieder des Blocks leiden unter chronischem Haushaltsdefizit und übermäßigen Staatsschulden.

Da die USA jedoch alle Hände voll zu tun haben, um ihre rasch schwindende Hegemonie zu stützen, hat die EU ihre Rolle als Vollstrecker der US-Regeln verdoppelt, indem sie die NATO und die EU in eine Architektur der Kontrolle und Propaganda verwoben hat – unter dem Deckmantel der Verteidigung gegen russische Desinformation wurde eine hybride Kriegsführung gegen die europäische Bevölkerung entfesselt. In einem solchen Kontext werden mehr Mittel in den Verteidigungs-

und Sicherheitshaushalt und in US-Vertretungen wie die Ukraine umgeleitet. Wie man es auch dreht und wendet, es ist offensichtlich, dass nur eine Handvoll gut vernetzter Unternehmen von einer Erhöhung der Militärausgaben und der Forschung und Entwicklung der Mitgliedstaaten profitiert.

Der Covid-19-Notfall bot den USA die perfekte Gelegenheit, um zu prüfen, ob alle europäischen Enten in einer Reihe stehen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verfolgte die EU eine gemeinsame Beschaffungsstrategie: Die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen war nicht nur ein Test für den Zusammenhalt, die Koordinierung, die Fähigkeit zum „schnellen Handeln“ und die Mobilisierung finanzieller Ressourcen, sondern auch ein Präzedenzfall, der später die gemeinsame Beschaffung von Waffen für die Ukraine und die Verhängung von Sanktionen gegen Russland erleichterte.

Der Ausschluss russischer und chinesischer Impfstoffe zeigte, dass man sich darauf verlassen konnte, dass die EU Befehle befolgt, auch wenn sie mit ihren wirtschaftlichen Interessen kollidierten – US-amerikanische mRNA-Impfstoffe waren teurer als die Alternative und beruhten auf einer Technologie, deren Sicherheit noch nicht bewiesen war. Die Medien und die politischen Debatten in der EU bedienten sich der Sprache der Kriegsführung, indem sie von einem „Krieg“ gegen Covid-19 sprachen, das Virus wurde „zurückgeschlagen“, Mediziner und Sanitäter wurden als „Frontsoldaten“ bezeichnet.

Eine kognitive Metapher des Krieges trug zur Strukturierung der Wahrnehmung der Realität bei. Der Ausnahmezustand wurde normalisiert und führte zur Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte. Die Pandemie bot den Vorwand, um die weitreichendste psychologische Operation durchzuführen, die jemals in Friedenszeiten versucht wurde: Jede öffentliche Äußerung von Dissens oder die Nichteinhaltung unsinniger Regeln wurde hart unterdrückt, Medien und soziale Medien wurden zur Gehirnwäsche und Zensur der Öffentlichkeit eingesetzt, die Kapazitäten der neuen EU-Armee von „Faktenprüfern“ wurden aufgestockt und der Umfang der digitalen Überwachung wurde erweitert.

Die Lockdowns [führte](#) zu enormen wirtschaftlichen Verlusten (und Gewinnen für eine Handvoll meist amerikanischer Technologie- und Pharmaunternehmen), aber auch zu einem Paradigmenwechsel in der Steuer-, Geld- und Investitionspolitik der EU, insbesondere durch die Anpassung der staatlichen Beihilfen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Volkswirtschaften durch direktere Interventionen zu unterstützen. Damit wurde eine Abkehr von der nach der Finanzkrise 2008 beschlossenen Sparpolitik eingeleitet.

Mit zunehmender Verschuldung mussten die Staaten noch mehr Souveränität an die EU abtreten: Die Entwicklungsstrategien und -ziele der Mitgliedstaaten mussten sich an den von der EU festgelegten Prioritäten orientieren, die vor allem den USA zugute kamen. Die Schuldenfalle wurde als Konjunkturprogramm mit wohlklingenden Namen wie Next Generation EU (NGEU) präsentiert – 360 Milliarden Euro an Darlehen und 390 Milliarden Euro an Zuschüssen.

Wie man so schön sagt, darf man eine Krise nicht ungenutzt lassen. Ein Notfall erzeugt ein Gefühl der Dringlichkeit und die Notwendigkeit, schnell zu handeln, was die Fähigkeit, sorgfältig zu denken, stark einschränkt. Diese Vorgehensweise ebnete den Weg für die Inkaufnahme noch größerer Verluste, als die EU später Sanktionen gegen Russland verhängte, die sich als Bumerang erwiesen. Jedem Zögern, auf russisches Gas zu verzichten, kam der amerikanische „Partner“ durch die Sabotage der NordStream-Pipelines zuvor.

Eurokraten, die es lieben, geliebt zu werden, insbesondere die bezahlte Form der Liebe, werden jetzt an einer kürzeren Leine gehalten. Man schätzt, dass es in Brüssel etwa 30.000 registrierte Lobbyisten gibt, die seit Jahrzehnten Liebe verbreiten. Doch in jüngster Zeit haben nur noch von den USA überprüfte Lobbyisten freie Hand. Es scheint, dass die Verhaftungen nach dem Qatargate eine Warnung an die Eurokraten waren: Die Annahme von Bestechungsgeldern von bestimmten ausländischen Akteuren wie Katar wird nicht länger geduldet. Die transatlantischen Interessen müssen immer an erster Stelle stehen.

EU-Erweiterung – cui bono?

Obwohl die Erweiterung in den offiziellen Dokumenten der EU als geostrategisches Gebot verankert ist, steht die EU heute vor weitaus größeren Herausforderungen als in den Jahren nach dem Kalten Krieg. In den frühen Nullerjahren diskutierten die europäischen Staats- und Regierungschefs darüber, ob die Union durch die Aufnahme von Ostblockländern erweitert oder ihre Integration vertieft werden sollte. Sie haben beides versucht, und das Ergebnis ist nach allen sozioökonomischen Indikatoren ein unhaltbarer Schlamassel, selbst wenn man die horrenden Kosten für die Unterstützung der Ukraine, den Verlust erschwinglicher Energieressourcen aus Russland und die Bumerang-Sanktionen nicht mit einbezieht.

Think Tanks, Eurokraten und die Medien haben sich in letzter Zeit verstärkt bemüht, die vergangenen Beispiele der EU-Erweiterung als Erfolg und die künftige Erweiterung als Chance darzustellen, aber außerhalb ihrer Echokammern wächst die Skepsis und die Erweiterungsmüdigkeit hat eingesetzt.

Wenn über die Erweiterung diskutiert wird, dann deshalb, weil Reden billig ist. Fragen Sie Nordmazedonien, ein Land, dem 2005 der Kandidatenstatus zuerkannt wurde und das immer noch auf der Warteliste steht. Der Antrag der Ukraine und der Republik Moldau wurde 2022 übereilt angenommen, um ihnen ein Zuckerbrot vor die Nase zu setzen, wohl wissend, dass keines der beiden Länder die Kriterien für einen Beitritt zur Union erfüllt. Außerdem ist es für die EU immer noch besser, sie in der Warteschleife zu halten und das Geschäft nie abzuschließen. Neun Ländern wurde formell dasselbe Versprechen gegeben, und man kann den Beitritt der Ukraine und der Republik Moldau nicht beschleunigen, ohne Unmut zu erregen.

Da Washington jedoch befürchtet, dass „politisch und wirtschaftlich anfällige Länder“ die Geduld mit der EU verlieren und attraktivere Partner zur Unterstützung ihrer Entwicklung finden könnten, nämlich China und Russland, muss die EU weiterhin [Versprechungen machen](#) und vor allem die politischen Eliten in den Nachbarländern finanzieren, um ihre Macht und Klientel zu stärken. Die USA verlassen sich auch darauf, dass die EU die Kriegsanstrengungen der Ukraine und den Wiederaufbau dessen finanziert, was von diesem gescheiterten Land nach Beendigung des militärischen Konflikts noch übrig sein wird. Sollen doch die europäischen Steuerzahler die Rechnung bezahlen:

Die Unterstützung der EU für das Kiewer Regime beläuft sich inzwischen auf 85 Milliarden Euro, und von der Leyen hat versprochen, dass noch mehr dazukommen wird. Weitere 50 Milliarden Euro für die „Ukraine-Fazilität“ wurden von der EU-Kommission für die Jahre 2024 bis 2027 vorgeschlagen. Im Jahr 2022 hatte das EU-Parlament 150 Millionen Euro zur Unterstützung der Marionettenregierung der Republik Moldau bewilligt.

Da die EU sich nicht erweitern kann, ohne zu implodieren, haben Frankreich und Deutschland 12 Experten eingeladen, eine [Arbeitsgruppe](#) für institutionelle Reformen der EU zu bilden. Sie haben eine Reihe von Vorschlägen für ein Konstrukt mit mehreren Geschwindigkeiten vorgelegt, das es einigen Mitgliedstaaten ermöglichen würde, sich in bestimmten Bereichen stärker zu integrieren, und andere daran hindern würde, sie aufzuhalten. Der Bericht schlägt vor, das Erfordernis der Einstimmigkeit abzuschaffen, auch wenn die Abschaffung des Vetorechts bedeutet, dass verschiedene Ebenen des Engagements akzeptiert werden müssen. Der Bericht sieht vier Stufen der Mitgliedschaft vor, von denen die letzten beiden ganz aus der EU herausfallen. Diese „konzentrischen Kreise“ würden einen inneren Kreis umfassen, dessen Mitglieder noch engere Bindungen haben könnten als die, die die bestehende EU binden; die EU selbst; die assoziierte Mitgliedschaft (nur Binnenmarkt); und die lockerere, weniger anspruchsvolle Stufe der neuen Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Der wichtigste „Vorteil“ für den kollektiven Westen besteht darin, dass alle Länder dieses „Europas“ von Russland und Weißrussland abgeschnitten sein werden. Es ist jedoch nicht klar, welche Vorteile die Länder der äußeren Ebene haben werden, da sie nur begrenzten oder gar keinen Zugang zum Binnenmarkt haben werden, aber voraussichtlich einen Teil ihrer eigenen nationalen Souveränität zugunsten von Brüssel aufgeben werden, wodurch sie Autonomie und Handlungsspielraum in einer multipolaren Welt verlieren.

Im Oktober letzten Jahres traf sich die Europäische Politische Gemeinschaft – eine Gesprächsrunde, der die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, der EU-Kandidaten, der Schweiz, Norwegens, des Vereinigten Königreichs und sogar Armeniens und Aserbaidschans angehören – in Granada, um über eine mögliche Erweiterung des Blocks zu diskutieren. Das Treffen sollte die Entschlossenheit stärken, doch stattdessen wurden die Vorbehalte derjenigen, die sich nie für die Idee einer EU-Erweiterung auf Kosten der derzeitigen Mitglieder erwärmen konnten, noch verstärkt. Einige Mitglieder haben bereits nachgerechnet und festgestellt, dass sie im Falle der vorgeschlagenen EU-Erweiterung mehr in den EU-Haushalt einzahlen und weniger von ihm erhalten werden: Aus Nettoempfängern werden Nettozahler. Verständlicherweise sind sie von dieser Aussicht nicht allzu begeistert.

Während die zunehmende EU-NATO-Integration und die Osterweiterung neue mächtige Lobbys und eine neue Klasse von ultra-atlantischen Eurokraten hervorbrachte, verloren die EU-Mitgliedstaaten jeden Anschein von strategischer Autonomie und damit jede Chance, ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zu schützen oder voranzutreiben. Zunächst war es die Arbeiterklasse in den süd- und westeuropäischen Ländern, die die Hauptlast der EU-Erweiterung zu tragen hatte, dann begann auch die Mittelschicht den Druck zu spüren. Heute ist Italiens Pro-Kopf-BIP auf das Niveau von Mississippi, dem ärmsten Bundesstaat der USA, gesunken; Frankreichs Pro-Kopf-BIP ist ein wenig besser, es liegt irgendwo zwischen dem von Idaho und Arkansas, während Deutschlands Motor der europäischen Wirtschaft dem von Oklahoma entspricht. Nicht gerade eine [Erfolgsgeschichte](#).

Obwohl die EU-Skeptiker in diesen Ländern zahlreicher und lauter geworden sind, ist ihr politischer Einfluss begrenzt. Ihre Gegner vertreten die Interessen einer neuen politischen und wirtschaftlichen Elite, die durch die materielle und symbolische Mitgestaltung des administrativen und bürokratischen Apparats der EU entstanden ist. Diese Elite kann durch die Zuteilung und Auszahlung

von Geldern Politiker zum Gehorsam zwingen oder ihre Loyalität belohnen. Indem sie die finanziellen Mittel kontrolliert, kann sie in jedem EU-Land als Königsmacher auftreten.

Es versteht sich von selbst, dass diese Elite den Habitus und die neoliberale Ideologie der transnationalen Eliten teilt, die eher in London und New York zu Hause sind als in Brüssel. Es wäre naiv, von ihr zu erwarten, dass sie die europäischen Interessen verteidigt. Das tut sie in der Tat nicht. Die Länder der Eurozone, die vor 15 Jahren ein BIP von etwas mehr als dreizehn Billionen Euro hatten, haben es heute um zwei miserable Billionen erhöht, während die USA ihr BIP trotz ihrer geringeren Bevölkerung fast verdoppelt haben (von 13,8 auf 26,9 Billionen Euro).

Nach Angaben der *Financial Times* entspricht die Wirtschaft der EU in Dollar ausgedrückt heute [65 Prozent der US-Wirtschaft](#). Das ist ein Rückgang von 91 Prozent im Jahr 2013. Das amerikanische Pro-Kopf-BIP ist mehr als doppelt so hoch wie das europäische, und die Kluft wird immer größer. Hervorragende Arbeit!

Wenn die Staats- und Regierungschefs der EU bei internationalen Verhandlungen routinemäßig zugunsten der nationalen Staats- und Regierungschefs übergangen werden, dann deshalb, weil die EU die Definition eines Papiertigers erfüllt. Die Einigkeit, die gegenüber dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine gezeigt wurde, kann nicht lange aufrechterhalten werden, und die wichtigsten amerikanischen und europäischen Architekten werden in einem Jahr nicht mehr im Amt sein. Das politische Gefüge in Europa spricht gegen eine proaktive Außen- und Verteidigungspolitik.

Wenn Borrell also davon [schwärmt](#), dass Europa von einer Soft Power zu einer Hard Power werden muss, vergisst er bequemerweise, dass die EU kein staatlicher Akteur ist. Sie besitzt zwar einige der Attribute eines Staates – Rechtspersönlichkeit, einige ausschließliche Zuständigkeiten, einen diplomatischen Dienst und einige EU-Länder haben eine gemeinsame Währung –, aber letztlich ist sie eine Mischform und als solche nicht in der Lage, das „große Spiel“ der Machtpolitik des 19. Jahrhunderts zu spielen.

Und um ehrlich zu sein, wird sie auch in den nächsten Jahren nicht dazu in der Lage sein. Eine „geopolitische EU“ bleibt nicht viel mehr als eine tröstliche Fantasie, die auf ihrer Anziehungskraft beruht – der Warteschlange für den Beitritt.